

18. Oktober 2026, von Michael Schöfer

Die Schatullen der Reichen sind prallgefüllt

Die Gewaltextzesse auf Frankreichs Straßen sind erschreckend, nicht zu rechtfertigen und nützen nur den rechts- und linksextremistischen Parteien. Bei der am 18. April 2027 anstehenden ersten Runde der Präsidentschaftswahl ist zu befürchten, dass Marine Le Pen (Rassemblement National) und Jean-Luc Mélenchon (La France Insoumise) in die Stichwahl kommen, darauf deuten zumindest die aktuellen Umfragen hin. Das wäre gewissermaßen die Wahl zwischen Pest und Cholera, wobei auch Raphaël Glucksmann (Parti socialiste) und Édouard Philippe (Horizons) Chancen eingeräumt werden. Die politische Lage in Frankreich ist jedenfalls hochdynamisch und in einem halben Jahr kann noch viel passieren.

Staatspräsident Emmanuel Macron ist, ähnlich wie Bundeskanzler Friedrich Merz, so unbeliebt wie nie zuvor. Und das nicht ohne Grund, denn er ist der Hauptverantwortliche für die große Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, und deren Ursache ist Macrons neoliberale Wirtschaftspolitik. Macron hat kurz nach Amtsantritt die Vermögensteuer abgeschafft (es wird nur noch das private Immobilienvermögen besteuert, aber nicht mehr Wertpapiere, Bankguthaben, Schmuck, Gold, Fahrzeuge, Kunstwerke etc.) und die Körperschaftsteuer für die Unternehmen drastisch gesenkt (von 33,3 % auf 25 %). Der Markt wird's schon irgendwie richten. Hat er aber nicht, die Trickle-down-Ökonomie (der Wohlstand der Reichsten sickert peu à peu zu den unteren Schichten durch) hat vielmehr kläglich versagt.

Demgegenüber sind die Schatullen der Oberschicht prallgefüllt. In der Amtszeit von Emmanuel Macron konnten die 500 reichsten Familien Frankreichs ihr Vermögen nahezu verdoppeln (von 571 Mrd. € im Jahr 2017 auf 1.076 Mrd. € im Juli 2026) [1], während für die Normalbürger angeblich kein Geld mehr da ist. Ihnen wird suggeriert, man müsse jetzt unbedingt sparen, weil die Kassen leer sind. Bei den Normalbürgern sparen, versteht sich, nicht bei den Milliardären.

Es ist dieser krude Raubtierkapitalismus, der in praktisch allen Industriestaaten dafür sorgt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Die unausweichliche Folge ist die politische Radikalisierung, die sich vor allem in der Wahl von extremistischen Parteien äußert - und gelegentlich, wie aktuell in Frankreich, in Krawallen auf den Straßen. Die liberalen Parteien der Mitte haben nur eine Überlebenschance, wenn sie sich um die Alltagssorgen der Menschen kümmern (hohe Preise, hohe Mieten, Wohnungsnot, geringe finanzielle Rücklagen etc.). Nicht nur rhetorisch, sondern tatsächlich. So wie es derzeit läuft, läuft es genau in die entgegengesetzte Richtung. Und das nicht bloß in Frankreich.

[1] Challenges, 500 Fortunes de France